

Rollende Augen

Die CDU im Norden der Republik sucht verzweifelt nach einem neuen Spitzenkandidaten, die FDP nach einem Weg, die Neuwahlen noch zu vermeiden.

Er sollte „nicht außerhalb des Landes Egesucht“ werden, der neue Spitzenkandidat der Christdemokraten in Schleswig-Holstein, „aber auch nicht innerhalb der CDU-Fraktion in Kiel gefunden“. „Unbelastet“ mußte er nach dem erklärten Willen seiner Partei sein und „glaubwürdig“, um die nordelbischen Christdemokraten erfolgreich aus dem Sumpf der Waterkantgate-Affäre heraus in die Neuwahlen am 8. Mai führen zu können.

Mehr als elf Wochen brachte die Partei damit zu, Anwärter auf die Führungsposition an diesen Ansprüchen zu messen. Mindestens 15 Kandidaten wurden geprüft, nachdem Fraktionschef Klaus Kribben Mitte Oktober vorigen Jahres an der Parteibasis in Ungnade gefallen war – zu falsch, so kritisierten viele CDU-Funktionäre, habe er die Machenschaften seiner Partei und ihres früheren Ministerpräsidenten Uwe Barschel an die Öffentlichkeit zerren wollen.

Bundesminister wie Heinz Riesenhuber und Rita Süßmuth standen auf der Aspirantenliste, Polit-Importe wie die Berliner Bürgermeisterin Hanna-Renate Laurien oder die niedersächsische Finanzministerin Birgit Breuel, CDU-Oldies wie der frühere Bundesverfassungsgerichts-Präsident Ernst Benda. Zudem wurden nahezu alle Landespolitiker von Rang zwischenzeitlich als Kandidaten gehandelt. Jetzt endlich, so scheint es, könnten die CDU-Fahnder fündig geworden sein: Der Kieler Justizminister



CDU-Kandidat Hoffmann
Nach oben geschwemmt

Edeka-Markt in der Horten-Filiale Düsseldorf: Stammkunden vergrault

ab. Jetzt sollen, rät Berger, die Manager vor Ort wieder mehr Befugnisse bekommen. Sie würden die Wünsche der Käufer in ihrer Umgebung viel besser kennen als die Herren am Seestern.

Komplette Einkaufsabteilungen könnten geschlossen werden, weil künftig einige Produktgruppen aus dem Sortiment gestrichen werden. Artikel, die viel Raum der teuren Verkaufsfläche benötigen und bei den Discountern auf der grünen Wiese weit billiger zu haben sind, sollen weitgehend ausgemustert werden. Darunter fallen etwa Autozubehör und Waschmittel, Möbel und Heimwerkerbedarf.

Das „Neue Horten-Haus“ mit deutlich abgespecktem Sortiment soll im kaufkräftigen Münster getestet werden. Für Produktgruppen, die Erträge bringen, soll viel Verkaufsfläche bereitgestellt werden.

Eine andere Fehlentscheidung kann erst 1990 ausgebügelt werden. Um die dürftigen Bilanzen aufzubessern, hatte Horten seine verlustreichen Lebensmittel-Abteilungen an die Edeka vermietet. Der auf zehn Jahre laufende Vertrag bekam beiden nicht.

Horten kassierte zwar jährlich rund 20 Millionen Mark Miete. Doch mancher Stammkunde wurde vergrault. Die Lebensmittel-Abteilungen in Warenhäusern wie Karstadt und Hertie locken dagegen mit attraktiven Angeboten, von der Sektbar bis zum Delikatessenstand, Kunden in die Häuser. Der Kaufhof entwickelt ein Markthallen-Konzept mit vielen Frischwaren wie Fisch, Fleisch und Gemüse. Bei Horten dagegen bietet die Edeka von Norden bis Süden eine Hausmannskost an, die keine Rücksicht auf unterschiedliche Geschmäcker oder Geldbeutel nimmt.

Die Fehlerquote an der Konzernspitze wäre nach Meinung der Experten nicht so hoch ausgefallen, wenn die Eigentümer besser aufgepaßt hätten. Doch auch noch nach der Beförderung Garsoffkys wurde die Firmenleitung irritiert durch ständige Querelen im Kreis der Großaktionäre. Aufsichtsratschef Harald Erichsen änderte dabei laufend seine Haltung.

Zunächst wollte der Batig-Mann seinen Mehrheitsbesitz auf 100 Prozent aufstocken. Er war bereit, der Degav einen guten Kurs für das Horten-Viertel zu zahlen, die Kleinaktionäre dagegen sollten mit dem Tageskurs abgespeist werden. Der Deal scheiterte.

Dann kam Erichsen die Idee, die rund 45 Horten-Häuser im Firmenbesitz zu verkaufen, um sie dann wieder anzumieten. Der Erlös von mehr als einer halben Milliarde Mark sollte zinsbringend angelegt werden. Auch daraus wurde nichts.

Erichsens Wankelmut hat bereits Spuren im Horten-Vorstand hinterlassen. Vorstandsmitglied Michael Goebel, den Insider als möglichen Nachfolger des 1991 in Pension gehenden Garsoffky handelten, kündigte zu Ende 1988. Er wird Chef des Reisegiganten Touristik Union International. Auch Garsoffky ließ durchblicken, er werde womöglich früher aufs Altenteil gehen, falls BAT und Tochter Batig sich nicht eindeutig zu Horten bekennen würden.

Nach der Abgabe des Berger-Berichts und den neuen Umbauplänen des Horten-Managements will Erichsen nun doch seinen Warenhausbesitz behalten. Er beauftragte den Hamburger Personalberater Olaf Mummert, Führungskräfte für den Horten-Vorstand zu suchen. Mummert will in Kürze drei Kandidaten vorstellen. Ein Spitzenmann aus dem Handel ist nicht dabei.

„Heute issas ja wohl'n ganz annern Schnack“

Reiner Pfeiffer – vom Buhmann der Nation zum Medienstar

Auf der Bühne wälzt sich der Schauspieler Hermann Lause als sterbender Politiker „unruhig in der Badewanne“, begleitet von „Gitarrengezwirren“ einer Rock-Gruppe „Einstürzende Tranquilizer“.

Ulrich Tukur mimt den „Herrn Pfeiffer“, der Kiels Waterkantgate-Affäre inszenieren half und dann im SPIEGEL enthüllte. Eva Mattes spielt Freya Barschel, die Frau des ehemaligen Ministerpräsidenten. Und Dieter Giesing als schonungsloser Gerhard Stoltenberg monologisiert über „den Zusammenhang zwischen Steuerreform und Steuerbord“.

„So ungefähr oder ähnlich“, fürchtet Gerhard Stadelmaier, Theaterkritiker der „Stuttgarter Zeitung“, wird es alsbald im Hamburger Schauspielhaus zugehen, wenn Intendant und Regisseur Peter Zadek bis zum Ende seiner letzten Saison 1988/89 seinen jüngsten Einfall in Szene setzt: den Kieler Skandal, wie Schauspielhaus-Generalmanager Ulrich Schwab sagt, „so authentisch wie möglich“ auf den Spielplan zu bringen.

Seit Wochen schon reifen bei den Theatermachern in der Hansestadt Überlegungen, die Affäre etwa Anfang Mai „in Form szenischer Kollagen“ (die Leitende Dramaturgin Mechthild Lange) zu dramatisieren. Bereits vor Weihnachten trafen sich Zadek und Autor Kai Hermann zu stundenlangem Gespräch mit Pfeiffer im Hamburger Hotel „Reichshof“. „Zwischen Zadek und mir“, freute sich Pfeiffer hernach, „funkte es sofort.“ Der Wirbel um das Theaterprojekt, das schon vor der Uraufführung der „vollkommenen, grandiosen Überflüssigkeit“ („Stuttgarter Zeitung“) geziehen wird, rückte zum Jahresbeginn wieder jenen Mann in die Schlagzeilen, der zur Schleswig-Holstein-Wahl im September mit einem Schlag zu einem der prominentesten Deutschen avanciert war und 1987 zum „Jahr Pfeiffer“ („Die Zeit“) hatte werden lassen.

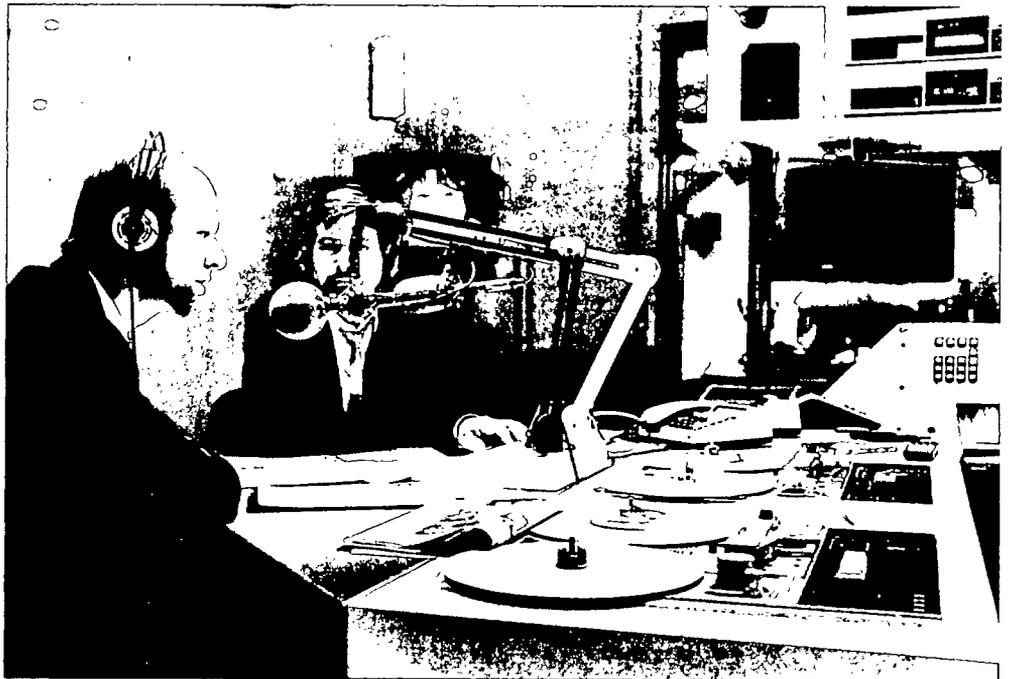
Zunächst, zwei Monate lang, war der Name Pfeiffer Synonym für einen „Ausbund an Verworfenheit“ gewesen, wie die Zürcher „Weltwoche“ resümierte. „Dubios“ und „zweifelhaft“ waren noch die harmlosesten Urteile über den „Mann, von dem J.R. noch lernen könnte“ („Abendzeitung“, München). Als „Schmierenschreiber“ und „Berufs-De-

nunzianten“ bezeichnete ihn die „Frankfurter Neue Presse“, einen „krankhaften Schwindler“ nannte ihn die Würzburger „Deutsche Tagespost“. Die liberale „Zeit“ beschrieb den 48jährigen Journalisten als einen Mann „mit bewegter Vergangenheit, mit Alkohol- und Finanzproblemen und mit einem Gewissen, das so erratisch ausschlägt wie ein verklemmter Geigerzähler“.

Zustimmend zitierte „Bild“, was Professor Erich Samson, der Rechtsvertreter der Barschel-Familie, über den „Verpfeiffer“ (CDU-Schimpf) gesagt hat: In

sich einen Bart stehen zu lassen, um nicht gleich von jedermann erkannt zu werden.

Der Bart bedeckte kaum das Kinn, da hatte, wie sich Pfeiffer erinnert, „das Spießbrutenlaufen schlagartig ein Ende“: Seit Mitte November, als Barschels Entlastungszeugen vor dem Untersuchungsausschuß reihenweise umfielen und der christdemokratische „Politkriminelle“ („Süddeutsche Zeitung“) Stück für Stück der Lüge überführt wurde, erhält Pfeiffer in Briefen und Telephonaten allenthalben „Lob und Anerkennung“.



Studiogast Pfeiffer (l.) bei „Radio Hamburg“: „Es hat sofort gefunkt“

4,5 Zentimeter hohen Lettern prangte auf der Titelseite der größten Zeitung Europas, bei der Pfeiffer zeitweise als Politik-Chef im Gespräch gewesen war, das Wort „Ratte“. Die Medien-Kampagne zeitigte Wirkung. Auf die Frage, welchem deutschen Polit-Prominenten sie am ehesten „einen Mord aus Leidenschaft“ zutrauten, nannten Bundesbürger bei einer Umfrage für das Zeitgeist-Magazin „Wiener“ unter ausgewählten Persönlichkeiten an allererster Stelle Reiner Pfeiffer, vor Joschka Fischer, Jutta Ditfurth und Peter Gauweiler.

In jenen Wochen zählten Staatsschützer den Journalisten zu den meistgefährdeten Bundesbürgern; die Polizei empfahl ihm einen Wohnungswechsel. Nachdem an die 200 Morddrohungen bei Pfeiffer eingegangen waren, beschloß er,

Zwar ergießt sich dann und wann noch Haß und Häme über ihn, etwa wenn er, wie letzte Woche, als Arbeitsloser beim Arbeitsamt vorstellig wird. Weit über hundert Anrufe gingen bei den Job-Vermittlern ein, nachdem „Bild“ bundesweit die Telefonnummer des Amtes veröffentlicht hatte. Vorwiegend wurden Beleidigungen abgesondert, etwa: Pfeiffer solle doch „Abschmecker in der Klärgrube“ werden.

Zumeist jedoch erfährt der Ex-Referent Sympathiebeweise. Pfeiffer registriert die Auswirkungen des jähren Image-Wandels beim Einkaufen, wenn ihn völlig Unbekannte freundlich grüßen, beim Jogging, wenn Förde-Fischer ihm zurufen: „Mok di mol nich kaputt.“ Im breiten Waterkant-Platt freut sich der örtliche Fischhändler mit ihm: „Na, heu-

te issas ja wohl'n ganz annern Schnack.“ Leserbriefschreiber forderten in der Presse sogar „das Bundesverdienstkreuz für Reiner Pfeiffer“ – als sei schon vergessen, daß der Barschel-Helfer mitverantwortlich für eine der schmutzigsten Wahlkampagnen in der Geschichte der Bundesrepublik war. Selbst der Bonner Grünen-Abgeordnete Thomas Wüppesahl schloß sich dem Begehren an, Pfeiffer zu dekorieren.

Zugleich erreichen den Ex-Referenten dutzendfach Autogrammünsche. Ein Hamburger Tierarzt bot dem arbeitslosen Journalisten „Schutz und Hilfe“ sowie, zur Erholung, sogar sein Ferienhaus an der Ostsee an. Entspannung vom Streß der Affären-Wochen könnte Pfeiffer, auf Angebot ihm völlig unbekannter Anrufer, auch in bayrischer Einsamkeit finden oder an der Möhnetalsperre im Sauerland.

Ein pensionierter Beamter aus dem westfälischen Münster bat Pfeiffer um Recherchenhilfe in „einem Fall von Wirtschaftskriminalität“. Der Kieler Pastor Siegfried Munz offerierte nicht nur „kirchlichen Beistand“ – er sähe Pfeiffer gern, ähnlich wie den Schauspieler Will Quadflieg, als Gastprediger auf seiner Kirchenkanzle.

Wenngleich es bisweilen schon scheint, als sei, typisch deutsch, ein Extremurteil durch ein anderes abgelöst worden – seine „innere Genugtuung“ über den Stimmungswandel mag Pfeiffer nicht verhehlen, auch nicht seine Zufriedenheit über die „Chance, mein kaputtes Image wieder aufzubessern“.

Widerhall findet er vor allem in den Medien, die sich um Pfeiffer geradezu reißen: sechs Stunden Spaziergang mit „Zeit“-Autor Ben Witter, fünf Stunden mit der Zürcher „Weltwoche“, drei mit der „Hamburger Morgenpost“. Fernsehanstalten, auch aus der Schweiz, Italien, Belgien, Luxemburg und Dänemark, laden zu Interviews und Talk-Shows. Radio-Stationen rücken stundenlange Spezialsendungen ins Programm, bei denen sich Pfeiffer den Fragen des Publikums stellt. „Von den über hundert Anrufern“, bilanzierte Redakteur Klaus Lohmann von „Radio Hamburg“, „bezweifeln nur zwei die Glaubwürdigkeit von Reiner Pfeiffer.“

Verblüfft entdecken viele Gesprächspartner nun einen ganz neuen Pfeiffer: „Mehr Biedermann als Brandstifter, alles in allem jedoch nicht unsympathisch“, wie die schweizerische „Weltwoche“ urteilte.

Im übrigen, gab das Blatt zu bedenken, sei der einstige Mann fürs Grobe nicht unseriöser als manch einer sonst in seiner Branche: „Enthüllungsgeschichten waren von Anfang an sein Metier, und seine Fehlerquote in diesem heiklen Geschäft war nicht höher als die ähnlich arbeitender Kollegen.“

Heiko Hoffmann, 52, soll es werden, zumindest wenn es nach dem Willen einflußreicher Unionspolitiker um Kribben und die stellvertretenden Parteichefs Günter Flessner und Eberhard Dall'Asta geht.

Der Jurist, respektiert auch beim politischen Gegner, gilt als verbindlich und abwägend. Er ist Mitglied der Synode der evangelisch-lutherischen Kirche Nordelbiens und ein Mann des Ausgleichs. Als einer der ersten und wenigen in seiner Partei fand er beispielsweise Worte des Bedauerns für das Opfer der schmutzigen Kieler Wahlkampftricks, den SPD-Oppositionsführer Björn Engholm. Vor allem wird Hoffmann einem verbreiteten Wunsch in der Union gerecht, die laut Parteibeschluss vom November einen Kandidaten will, „der sich über die Wahl hinaus in der Landespolitik engagiert“ – im Falle der befürchteten Niederlage nämlich.

Hoffnungsträger Hoffmann hat eigentlich nur einen Fehler: Er ist nicht der Mann seines Landesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg. Deshalb steht der Partei am kommenden Wochenende, wenn Landesvorstand und Landesauschuss über die Nominierung entscheiden sollen, eine neue Machtprobe bevor.

Denn Stoltenberg hat sich bereits festgelegt: auf den amtierenden Regierungschef, seinen Schulfreund Henning Schwarz, 59. Kandidat Schwarz, so verkündete Stoltenberg vorschnell nach einer Vorstandssitzung Mitte Dezember, habe „nachhaltige Unterstützung von zahlreichen Parteifreunden“ erfahren.

Das Gegenteil war der Fall. Seit Wochen schon formierte sich der innerparteiliche Widerstand gegen einen Neuanfang mit alten Köpfen. Dem angehenden Polit-Pensionär Schwarz, der nach der Wahl im September eigentlich in Rente gehen wollte und dann sichtlich Spaß an der unumschränkten Macht in Kiel fand, werden von Parteifreunden unverhohlen „Herrenreitermanieren“ und „Gutsherrenart“ bescheinigt. Zudem wird dem früheren Justizminister in der CDU seine Rolle bei Barschels öffentlicher Verteidigung verübelt.

Statt Barschel zur Wahrheit zu drängen, hatte Schwarz mit dubiosen Informationen und Halbwahrheiten versucht, dessen ehemaligen Medienreferenten Pfeiffer unglaubwürdig zu machen (SPIEGEL 47/1987). Und er schwieg hartnäckig, als Fraktionsmitarbeiter einhalb Tage lang versuchten, Barschel an seinem Urlaubsort zu erreichen, ob schon Schwarz doch dessen Telefonnummer auf Gran Canaria kannte.

Hoffmann vermeidet vorerst die offene Konfrontation mit seinem Gegner. Während Schwarz in der Partei verbreitet, er wolle „kämpfen“, verweigert Hoffmann, so ein Sprecher, „zu den Spekulationen“ jeden Kommentar.

Nach vorn gedrängt hat er sich nie. Im Fahrwasser Barschels wurde er geradezu nach oben geschwemmt, über die Junge



CDU-Kandidat Schwarz*
Neuanfang mit alten Köpfen?

Union, die Kieler Kultusverwaltung und die Fraktionsführung (1979 bis 1985) bis, vor zwei Jahren, ins Kieler Kabinett.

Dort hielt sich Hoffmann auch dann noch im Hintergrund, als Barschel seine Minister anlog und er, als Justizminister und Dienstvorgesetzter der ermittelnden Lübecker Staatsanwälte, es längst besser gewußt haben muß. Hoffmann hat, einziges Zeichen seiner Skepsis, „immer nur mit den Augen gerollt“ (ein CDU-Vorständler). Immerhin kann er sich im parteiinternen Machtkampf der Zustimmung von außen, vom Koalitionspartner, gewiß sein. Die FDP, die nach den Worten ihres stellvertretenden Landesvorsitzenden Wolfgang Kubicki „jeden“ akzeptieren will, „der nicht Schwarz heißt“, äußerte vorsichtiges Lob. Wegen seiner „Kompetenz und seines menschlichen Umgangs“ schätze er, sagt Kubicki, Hoffmann „sehr“.

Lauter wollen die Liberalen den neuen Anwärter derzeit nicht preisen. Denn während die Union noch über den geeigneten Kandidaten streitet, sucht die FDP längst nach einem Ausweg, die Wahlen am 8. Mai zu verhindern.

Weil sie, nach mageren Umfrage-Zahlen, um die Rückkehr in den Landtag bangen, kamen liberale Spitzenleute ungeniert bei den Sozialdemokraten in Bonn und Kiel um Zusammenarbeit ein. Neuwahlen, so verkündete etwa ein FDP-Vorstandsmitglied in Kiel den überraschten Genossen, machten „überhaupt keinen Sinn“. Die „Überwindung des Patts“, so der FDP-Emissär, sei „auch ohne Neuwahlen“ zu erreichen – durch einen sozial-liberalen Pakt im Landtag. ◆

* Mit Uwe Barschel bei seiner Ehrenwort-Pressekonferenz am 18. September 1987.